

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinmal täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den nächsten Tag, bezugspreis bei Bestelldatum monatlich 20, durch andere Verleger zugesprochen in der Nacht monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 70, mit Zustellungsgebühr. Alle Postkonten sind Postleuten jeweils unter Aufsicht und Aufsicht der Postämter zu übergeben. Im Falle längerer Krankheit, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 20 für die 6 spaltenige Zeile pro Tag, 10 für die 4 spaltenige Zeile pro Tag, 5 für die 2 spaltenige Zeile pro Tag. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisermäßigung. Zeitungsanzeigen im ersten Teil (nur von 10 bis 12 Uhr) die 2 spaltenige Zeile pro Tag, 10 für die 4 spaltenige Zeile pro Tag, 5 für die 2 spaltenige Zeile pro Tag. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisermäßigung. Zeitungsanzeigen im ersten Teil (nur von 10 bis 12 Uhr) die 2 spaltenige Zeile pro Tag, 10 für die 4 spaltenige Zeile pro Tag, 5 für die 2 spaltenige Zeile pro Tag.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 195

Dienstag den 22. August 1922.

81. Jahrgang

Wichtigste Zeitung für alle Leser.

* Am Montag begannen die Verhandlungen der Abgeordneten der Reparationskommission mit der Regierung in Berlin.

* Reichspräsident Ebert hat im Anschluß an seinen Aufenthalt in Hamburg auch die Stadt Altona besucht.

* Zwischen der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen ist eine Einigung erzielt worden, wonach die Gesamtbezüge der Beamten um etwa 88 Prozent und die Arbeiterlöhne um 11-12 Mark erhöht werden.

* Die bayerischen Minister Schweder und Kistner haben in Berlin mit dem Reichsfinanzminister Brüning wegen der Einzelheiten des Berliner Protokolls über die bayerische Frage gesprochen.

* Der Student Marius führte in der Rhein einen Flug von mehr als einstündiger Dauer in einem motorisierten Segelflugzeug aus.

* Die österreichische Regierung ist wegen ihrer unhaltbaren Finanzlage in einen Meinungsaustrausch mit den Regierungen in Berlin, Prag und Rom eingetreten.

Folgen der Markkatastrophe.

Aber die fast unermesslichen Folgen, welche die bisher unerhörte Entwertung der deutschen Mark für unser Volk und unsere Wirtschaft in unmittelbarer Nähe gerückt hat, wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Man hatte von der Konferenz in London wirtschaftlich nicht viel erwartet. Ein kurzes Moratorium war noch die einzige, die letzte Aussicht geblieben, und daran klammerten sich alle Hoffnungen. Daß auch diese Erwartung enttäuscht wurde, rief die furchtbare Panik an der Börse hervor, die den Dollar über 1200 Mark hochgetrieben hat. Beides, die Hoffnung auf eine günstige Wirkung eines Moratoriums wie auch die Flucht vor der Mark, nachdem wieder alles in der Schwere gelitten ist, haben keine wirtschaftlichen, sondern ausschließlich psychologische Ursachen. Es ist die Furcht vor dem Ungewissen, die schwerere Schäden erzeugt als selbst die Kenntnis der ungünstigsten Wirklichkeit. Deshalb ist auch eine Berechnung der wirtschaftlichen Folgen durchaus unsicher, weil niemand weiß, welche politischen Schachzüge die Wirtschaft beeinflussen werden.

Der Bruch der Entente ist vielleicht nur scheinbar und die Bedrohung Deutschlands, welche die Markkatastrophe erklären soll, möglicherweise vorübergehend. Selbst wenn Frankreich allein vorgeht und selbst wenn es sich an deutschem Privatgenuß vergreift, hat das volkswirtschaftlich lange nicht die Bedeutung, die die Schwarzseherei der Börse rechtfertigen würde, die Mark bis fast auf nichts herabzusetzen. Gerade der neue Marksturz ist begleitet von einer Kurssteigerung der Effekten, die zwar ohnehin noch weit zurückgeblieben sind, aber einen aus wirtschaftlichen Gründen entsetzlichen Markrückgang, wie die letzten Monate gezeigt haben, nicht mit gleicher Reueigung zu eigener Kursbesserung beantworten. Die Lage ist ernst, denn die Kursstürze der letzten Tage müssen unzweifelhaft zu chaotischen Zuständen führen, da sie den Bedarf an Zahlungsmitteln so plötzlich und stark in die Höhe treiben, daß alle Bemühungen zwecklos geworden sind, die schwebende Schuld des Reiches festzulegen.

Die Preiswelle, die sich überstürzt und geradezu schreckhafte Zustände zeitigt und das Volk in die äußerste Not zu versetzen droht, könnte nur durch eine ungeheure neue Notenausgabe etwas abgemildert werden. Nicht nur daß die Erfüllungspolitik zusammengebrochen ist, die ganze Finanzpolitik des Reiches, die darauf ausging, durch denkbare Sparmaßnahmen und beschränkte Notenausgaben den Marksturz zu fassen und eine Stabilisierung zu ermöglichen, ist dem neuen Ansturm gegenüber gar nicht mehr aufrechtzuerhalten. Kapitalmangel und Kreditnot hatten bereits einen Grad erreicht, der einfach unerträglich geworden ist, stehen doch einem normalen Zahlungsmittelumsatz von 6 Goldmilliarden, den die deutsche Volkswirtschaft braucht, gegenwärtig nur 840 Millionen Goldmark gegenüber, was zwangsläufig eine Niederhaltung des inländischen Geldumsatzes bedeutet, der einzig und allein fremden Wärlanten zugute kommt, während die Verarmung in Deutschland auch bei den günstigsten Sachwertbesitzern riesige Fortschritte macht. Eine Lebensmöglichkeit kann nur dadurch erhalten werden, daß die Entwertung des Geldes durch die Menge neuer Noten in ihrer inneren Wirkung abgeschwächt wird.

Das aber ist das Ende, daß Deutschland sich bewußt auf die Katastrophe und weitere Verschlimmerung einstellen muß, weil die bisherige Annahme, die Politik der Vernunft würde die Oberhand gewinnen, zum bösen Erwachen geführt hat. Von den französischen Maßnahmen wird es abhängen, wie lange die Regierung noch die bescheidener selbst angebotenen Summen für die Ausgleichszahlungen besorgen kann, aber auch, wie lange noch die deutsche Industrie sich mit Devisen und dadurch mit fremden Rohstoffen versorgen kann. Wenn man damit gerechnet hatte, daß eine Wendung zum Besseren über die innere Wirtschaftskrise führt, so muß man sich jetzt darauf gefaßt machen, daß die Wirtschaftskrise aus dem Mangel an Rohstoffen herauswächst, daß sie

hereinbricht, ohne daß auch nur der Schein eines Ausweges übrig bleibt.

Regierungswarnung vor Nervosität.

Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige außerordentlich starke Devisenhausse keine in jeder Hinsicht sachliche Begründung hat. Die Reichsregierung kommt als Devisenkäuferin jetzt und für absehbare Zeit nicht in Frage. Die Ausgleichszahlungen sind für vier Wochen gestundet, die Devisenzahlungen in der Schwere. Die Befürchtung wegen der bevorstehenden französischen Maßnahmen scheint durchaus übertrieben. Die Reichsregierung warnt deshalb eindringlich vor einer übertriebenen Nervosität.

Die neue Reparationspolitik.

Verhandlungen statt Forderungen.

Die Unmöglichkeit, innerhalb der Entente und ihres ausführenden Organs, der Reparationskommission, zu einem alle Teile betriebligenden Beschluß zu kommen, hat eine gewisse Änderung in den in Paris bestehenden Methoden herbeigeführt. Man will erst mit uns noch einmal verhandeln, ehe man Dinge beschließt, deren Unmöglichkeit man von vornherein genau kennt. Bradbury und Macleere werden am Montag in Berlin eintreffen und man hofft hier, die Herren davon überzeugen zu können, daß Deutschland zunächst seine

Finanzen in Ordnung bringen

muß, ehe es zahlungsfähig ist. Die zurzeit an der Börse herrschende starke Devisenhausse ist deshalb eigentlich unverhältnißmäßig und in den politischen Verhältnissen sicher nicht begründet. Poincaré läßt allerdings immer noch erklären, daß er Vorschläge von Deutschland, die nicht seinen Forderungen nach produktiven Pfändern Rechnung tragen, ohne weiteres ablehne. Der Wiederherstellungsausschuß wird prüfen, über welches Bankguthaben Deutschland verfüge. In französischen Kreisen wird neuerdings betont, daß die deutsche Regierung über eine Goldreserve von 1 Milliarde Mark verfügt und daß sie verpflichtet werden solle, diese den Alliierten zur Verfügung zu stellen. Die Mitglieder der Kommission hoffen, daß die deutsche Regierung

gütwillig die Pfänder geben werde,

ohne welche die französische Regierung dem Moratorium nicht zustimmen zu können glaubt. Man rechnet damit, daß die Berliner Verhandlungen etwa eine Woche in Anspruch nehmen, so daß die definitive Entscheidung der Reparationskommission sicherlich nicht vor Ende des Monats zu erwarten ist.

Der Reichspräsident in Hamburg.

Der internationale Wirtschaftskongress.

Hamburg, 19. August.
Der bedeutendste Vortrag, der auf dem im Rahmen der Jahreswoche veranstalteten Wirtschaftskongress gehalten wurde, war der des Amerikaners Prof. Coar über

Amerika und der Wiederaufbau.

Der Vortragende rief den europäischen Völkern, sich von dem Gedanken frei zu machen, in Amerika immer nur den Goldvorteil zu sehen. Ebe Amerika helfen würde, müßte es erst innerlich von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit seiner Hilfe überzeugt sein. Zwei Hindernisse seien in dieser Hinsicht zu überwinden. Das erste sei die in Amerika noch immer vorherrschende Furcht, daß Deutschland später einmal einen Nachkrieg gegen Frankreich beginnen könne, und zweitens die ungenügende Überschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit, die in der Reparationspolitik zum Ausdruck komme. Für die Lösung der Friedensprobleme steht Prof. Coar nur einen Weg. Die amerikanischen Großindustriellen sollten die europäischen einladen, an Hand der realen Wirtschaftsverhältnisse in einer gemeinsamen unpolitischen Konferenz neue Ausgleichsbedingungen aufzustellen.

Die Begründung durch die Hamburger.

Der Reichspräsident unternahm dann eine Rundfahrt durch den Hamburger Hafen. Die Gebäude am Hafen hatten reichen Klagenlaut angelegt, ebenso hatten die im Hafen liegenden Schiffe über die Lippen gesprochen. Abends nach Schluß der offiziellen Veranstaltungen kam es vor dem Hause des Bürgermeisters Dr. Drost zu machtvollen Kundgebungen für den Reichspräsidenten. Ein Zug von über 1000 Fackelträgern, dem sich viele Tausende angeschlossen hatten, zog an dem Hause vorbei. Auf eine kurze Ansprache aus der Menge, die in ein Hoch auf die Republik und den Reichspräsidenten ausklang, erwiderte der Reichspräsident mit Worten des Dankes. In dieser Kundgebung sehe er den unerlöschlichen Willen, die Arbeit der Regierung im Sinne politischer und wirtschaftlicher Erneuerung der Republik zu unterstützen. Möcht jedes Deutsche sei es, mitzuwirken an dem großen Aufgaben der Nation.

Die Wahrheit ins Ausland!

Im Anschluß an diese Kundgebung fand eine Zusammenkunft im Hamburger Oberfehlhaus statt, bei der Reichspräsident Dr. Brüning eine höchst bedeutende Rede hielt.

„Es gibt“, so sagte er, „keine unsichtbaren Exportartikel, von denen ich wünsche, daß die Hamburger ihn mit derselben Mäßigkeit hinaustragen, mit der sie ihre Ware in alle Welt hinausführen, daß ich die Wahrheit über Deutsch-

land. Durch dasjenige, was durch die volkswirtschaftlichen Ideen hindurchdringen, wollen wir jene furchtbaren Wahrheiten hinausdringen, von denen in der Welt noch immer nichts bekannt ist: Die Wahrheit über den Reichsbruch, der die Schwarz auf Weiß unterschriebenen Punkte bewußt verlegt hat, die Wahrheit über den Spott, der mit dem heiligen Gut der Selbstbestimmung getrieben worden ist, die Wahrheit ferner über den Dilettantismus, mit dem man neue Grenzen gezogen hat, gleichwie Kinder im Sande Striche ziehen, und die Wahrheit über den Unsin, daß man uns Millionen über Millionen abzwängen will, während man uns zwingt Milliarden über Milliarden in die unproduktiven Kosten der Befugung im Rheinland hineinzuführen.“

Dem Reichspräsidenten wurden sowohl bei der Ansprache als auch bei der Fahrt von dem nach vielen Tausenden zählenden Publikum stürmische Kundgebungen dargebracht. Am nächsten Morgen fuhr der Präsident nach Altona, wo er auf die Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters u. a. erwiderte: Mit dem Verlust unserer Handelsflotte hat ein großer Teil der seemannischen Bevölkerung Arbeit und Erntehoffen verloren. Eine um so größere Freude ist es mir, feststellen zu können, daß deutsche Schiffsleute und Ausbauer dieser Schwierigkeiten Herr zu werden suchen, und daß die fertige Bevölkerung hier an der Elbmündung auch des alten Wortes „Schiffahrt tut not“ eingedenk geblieben ist. Wie die deutschen Handelsflotte mit dem Falle des Reiches besonders schwer gelitten haben, so werden sie auch in demselben Maße zu neuer Blüte sich erheben, wie Deutschland sich trübt und wirtschaftlich erhardt.

Neuregelung der Strafgerichte.

Kleines und Großes Schöffengericht.

In einigen Wochen wird der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches fertiggestellt und veröffentlicht werden. Der Entwurf des Gesetzes zur Neuordnung der Strafgerichte liegt bereits dem Reichsrat vor.

Das wesentlichste Ziel dieser Neuordnung ist, an die Stelle der nur mit beamteten Richtern besetzten Strafkammer einen Gerichtshof zu setzen, der aus Richtern und Laien gemeinsam gebildet wird. Zugleich soll dem Mangel einer Berufung in den gegenwärtig von den Strafkammern abgeurteilten Straffachen abgeholfen und die Mitwirkung von Laien-Richtern in den Berufungsgerichten gesichert werden. Mit Ausnahme der Reichsgerichtssachen werden in Zukunft in allen Straffachen in erster Instanz und in der Berufungsinstanz Laien entscheiden oder mitentscheiden.

In der ersten Instanz entscheiden künftig Kleines Schöffengericht, Großes Schöffengericht oder Schwurgericht. Das Kleine Schöffengericht — ein vorstehender Richter und zwei Schöffen — hat im wesentlichen die Zuständigkeit der bisherigen Schöffengerichte; das Große Schöffengericht — zwei Amtsrichter und drei Schöffen — die Zuständigkeit der bisherigen Strafkammer. Die Berufung gegen die Urteile der Schöffengerichte geht stets an die Strafkammer. Die Strafkammer wird in Zukunft mit zwei beamteten Richtern und drei Schöffen besetzt sein, also ebenso wie das Große Schöffengericht. Die Revision geht, wenn in erster Instanz das Große Schöffengericht entschieden hat, an das Reichsgericht, wenn in erster Instanz das Kleine Schöffengericht entschieden hat, an das Oberlandesgericht. Die Schwurgerichte behält der Entwurf bei. Ihrem Zuständigkeitsbereich entzogen und dem Großen Schöffengericht zugewiesen sind gewinnfällige Fälschung einer öffentlichen Urkunde, Amtsunterschlagung, betrügerischer Bankrott, Schuldnerbankrott und eine Reihe ähnlicher Delikte.

Osterreichs unhaltbare Lage.

Verhandlungen mit Berlin, Prag und Rom.

Die österreichische Regierung steht vor den schwierigsten Entscheidungen. Die jüngste Entwicklung infolge des Ausganges der Londoner Konferenz und daraus resultierenden neuen Valutaentwicklung machen ein Fortarbeiten für Österreich unmöglich. Bundeskanzler Dr. Seipel hatte Besprechungen mit den Wiener Vertretern der Entente, in denen er auf den unhaltbaren Zustand hinwies und erklärte, daß durch die abermalige Verweigerung der Hilfsaktion für Deutsch-Osterreich vor den Völkern und die dadurch bewirkte neuerliche Verzögerung der Notenbankgründung sich die innere Lage in Deutsch-Osterreich verschärft habe. Das österreichische Problem könne jetzt nicht mehr als ein finanzielles, sondern müsse im Zusammenhang mit der Weltlage als ein politisches betrachtet werden. Da in erster Reihe durch Veränderungen in Osterreich die Nachbarstaaten in Mitleidenschaft gezogen seien, sehe sich die österreichische Regierung veranlaßt, mit den führenden Nachbarstaaten Fühlung zu suchen und sei bereits mit Berlin, Rom und Prag in Verbindung getreten.

Bundeskanzler Dr. Seipel hat sich bereits zur Fühlungnahme nach Prag begeben zur Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Dr. Benesch und begibt sich von dort nach Berlin, wo er mit dem Reichskanzler Dr. Brüning konferieren wird.